

## **Schriftliche Fragen**

### **mit den in der Woche vom 18. April 2017 eingegangenen Antworten der Bundesregierung**

#### **Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie**

24. Abgeordnete

**Katja Keul**

(BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom 21. Dezember 2016, nach dem das Handelsabkommen der EU mit Marokko nicht mehr auf das Gebiet der Westsahara angewendet werden darf, und wie wird sie insbesondere künftig sicherstellen, dass eine rechtswidrige de facto Anwendung des Abkommens auf Produkte aus der Westsahara unterbleibt, auch wenn das für Investitionen deutscher Unternehmen auf dem Gebiet der Westsahara, die ohne Zustimmung der Polisario erfolgen, nachteilige Folgen haben könnte?

#### **Antwort des Staatssekretärs Matthias Machnig vom 13. April 2017**

Die Bundesregierung begleitet die Europäische Kommission aktiv bei der Erarbeitung der sich aus dem Urteil ergebenden Konsequenzen und stimmt sich dabei eng mit den EU-Partnern ab.

Nach Auffassung der Bundesregierung muss jede Reaktion auf das Urteil nicht nur die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs umsetzen, sondern gleichzeitig auch die Beziehungen der Europäischen Union zum Königreich Marokko schützen und Rechtssicherheit für Wirtschaftsakteure schaffen. Zu vermeiden ist darüber hinaus eine Beschädigung des von den Vereinten Nationen geführten Vermittlungsprozesses zur Westsahara, dem nicht vorgegriffen werden darf.

Der Europäische Auswärtige Dienst führt hierüber intensive Gespräche mit der marokkanischen Seite. Die Bundesregierung unterstützt dabei alle Bemühungen, die sich an den Positionen des VN-Sicherheitsrats zur Westsahara orientieren und die Belange der Bevölkerung der Westsahara angemessen berücksichtigen.

In dem genannten Zusammenhang stellen sich daneben komplizierte technische Fragen insbesondere zur Unterscheidbarkeit von Waren aus der Westsahara von solchen aus Marokko, mit denen sich die Generaldirektion Steuern und Zollunion der Europäischen Kommission zurzeit befasst.